



Protokoll der Beratung vom 9. November 2006

Anwesenheit:

	Mitglieder:		Sachkundige Bürger:		Gäste:	
1.	Herr Dr. Schemel	Linke.PDS	Frau Richter	Linke.PDS	Herr Weiße	DIII
2.	Herr Picl	Linke.PDS	Frau Sidon	CDU/DSU	Herr Bischoff	amt. AL 40
3.	Herr Dr. Schmidt	CDU/DSU	Herr Poppel	SPD	Herr Warchold	AL 41
4.	Herr Strese	CDU/DSU	Frau Konzack	SPD	Herr Bursian	Schulrat
5.	Frau Dr. Münch	SPD	Frau Breitschuh-Wiehe	B90/Grüne	Frau Wawrzyniak	BA f. Behind.
6.	Herr Neubert	SPD	Frau Hofmann	FDP	Herr Dr. Reinert	Schulrat
7.	Herr Kaps	AUB			Herr Boese	Schulrat
8.	Herr Dr. Fischer	B90/Grüne			Frau Orphal	Schulrätin
9.	Frau Spring	FLC			Herr Przesdzing	SBB
10.					Herr Bromundt	Behindertenbeir.

TOP 1. Protokollkontrolle / Abstimmung zur Tagesordnung

Herr Picl merkt an, dass seinerseits die Teilnahme an der Beratung vom 16.10. nicht möglich war.

Das Protokoll wird in der vorliegenden Form bestätigt.

Die Tagesordnung wird in veränderter Form von den Anwesenden bestätigt.

Abst.:

5:0:4

Abst.:

9:0:0

I Öffentlicher Teil

1. Bestätigung der Tagesordnung

2. Berichte und Informationen

2.1. Fortsetzung der Diskussion zur gymnasialen Beschulung körperbehinderter Schülerinnen und Schüler

3. Beschlussvorlagen

3.1. III-022/06

Änderung der Entgeltordnung der Volkshochschule

4. Informationen, Anfragen, Anträge aus den Fraktionen und der Verwaltung

4.1. Information zu den Anträgen 026/06 und 028/06 aus der Stadtverordnetenversammlung v. 25.10.06

4.2. Stand Ämterfusion

4.3. Bauliche Mängel einer Schule

4.4. Antrag Fontane-Gesamtschule

TOP 2.1

An Hand von Folien benennt **Herr Bischoff** einleitend nochmals die Aufgabenstellung zur gymnasialen Beschulung körperbehinderter Schülerinnen und Schüler in Cottbus. Das heutige Problem ist, zu klären, unter welchem „Dach“ die Klassenbildung ab dem Schuljahr 2007/08 am Standort Hallenser Str. erfolgen soll. Die Verwaltung unterbreitet folgende Lösungsvorschläge:

- | | |
|-------------|--|
| Variante 1: | Umzug Fontane-Gesamtschule an den Standort Hallenser Str. und Umzug des Steenbeck-Gymnasiums an den Standort Kahrener Str. |
| Variante 2: | Umzug Humboldt-Gymnasium an den Standort Hallenser Str. und Schließung des Leichhardt-Gymnasiums |
| Variante 3: | Schließung des Humboldt-Gymnasiums und Aufhebung des Schließungsbeschlusses Leichhardt-Gymnasium |
| Variante 4: | Behindertengerechte Ausstattung Humboldt-Gymnasium am jetzigen Standort, Schließung Leichhardt-Gymnasium |

Zur Entscheidungsfindung wurden Bewertungskriterien erstellt. Im Ergebnis der Bewertung werden durch die Verwaltung die Varianten 2 und 3 favorisiert. Herr Bischoff begründet die Entscheidung zu allen vier Varianten.

Herr Neubert eröffnet die Diskussion und erinnert die Stadtverordneten an die vorliegende Übersicht zu allen vier Varianten. Klar wird, dass es am Standort in der Hallenser Straße eine Beschulung von behinderten Kindern geben muss.

Frau Wawrzyniak berichtet über die Abstimmung mit dem Behindertenbeirat. Man spricht sich für den Erhalt des Leichhardt-Gymnasiums mit dem Profil einer Ganztagschule aus.

Für die Beschulung behinderter Schüler am Humboldt-, Leichhardt- und Steenbeck-Gymnasium spricht sich **Herr Strese** aus. Die Varianten 2 und 3 kommen für ihn nicht in Frage.

Frau Spring möchte keine Vorsortierung durch die Verwaltung. Es sollte über alle vier Varianten diskutiert werden. Den Körperbehinderten müssen alle Möglichkeiten angeboten werden. Variante 1 sollte mit Variante 4 gekoppelt werden.

Herr Neubert weist darauf hin, dass die Verwaltung vorgeschlagen und nicht vorgegeben hat.

Herr Dr. Fischer erinnert daran, dass die vier Varianten auf den bereits gefassten Beschlüssen basieren. Er möchte wissen, wovon die Fördermittel zurückgezahlt werden sollen und wo die Mittel für eventuelle Umbauten herkommen sollen.

Die Aufforderung an die Verwaltung war, so **Herr Bursian**, einen Vorschlag zu unterbreiten. Die Variante 2 wäre schulfachlich zwar möglich, wird aber von der Schulaufsicht abgelehnt, da es eine Filiallösung für mehrere Jahre darstellen würde. Die Variante 3 wird schulfachlich befürwortet. Die Erfahrung in der Beschulung von Körperbehinderten, der Einsatz von Ganztagsmitteln, die Möglichkeit der Übernahme der Profile usw. sprechen dafür.

Herr Strese verweist auf die vor zwei Jahren geführte Diskussion. Er möchte wissen, was gegen den Umzug der Fontane-Gesamtschule an den Standort der Hallenser Straße spricht. Warum wird Variante 1 nicht bevorzugt? Vor zwei Jahren wurde die Schließung des Leichhardt-Gymnasiums beschlossen, damit müsse man jetzt leben.

Nach Meinung von **Frau Spring** müssen die Inhalte betrachtet werden. Man sollte sich nicht an die bauliche Hülle klammern.

Herr Dr. Schemel unterstützt die Meinung, dass alle Behinderten die gleichen Chancen erhalten müssen. Er weist auf die Zusammenarbeit mit dem Spree-Neiße-Kreis hin.

Es steht außer Frage, so **Herr Neubert**, dass behinderte Schüler das Abitur in einer Cottbuser Schule ablegen können. Er fragt nach, ob es doch Differenzierungen zwischen den verschiedenen Schulstandorten geben soll.

Herr Strese bekräftigt seine Meinung, dass alle drei Schulen behindertengerecht ausgestattet werden sollten.

Bereits 1996 wurden Beschlüsse gefasst, erinnert **Frau Orphal**, die lange vorher auch mit dem SPN-Kreis diskutiert wurden. Es haben sich alle Kreise des Schulamtesbereiches Cottbus für die Errichtung einer Förderschule für Körperbehinderte in Cottbus ausgesprochen. In der Nähe dieser Schule befinden sich eine Gesamtschule und ein Gymnasium. Die gewachsene Zusammenarbeit darf nicht außer Acht gelassen werden. Das Leichhardt-Gymnasium und die Bauhausschule sind Ganztagschulen. Zusammenhänge müssen betrachtet werden. Aus schulfachlicher Sicht ist die Schließung des Leichhardt-Gymnasiums aufzuheben.

Frau Dr. Münch fragt nach finanziellen Mitteln und nach der Höhe der Fördermittelrückzahlungen. Was kann eingespart werden? Sie erinnert auch an die deutsch-polnischen Beziehungen, an die städtebauliche Entwicklung in Schmellwitz. Sie spricht sich für die Auflösung von zwei Schulen und die Entstehung einer neuen Einrichtung aus.

Zur Höhe der Fördermittelrückzahlungen wurden noch keine konkreten Gespräche geführt, antwortet **Herr Weiße**. Dies wäre zurzeit nicht sinnvoll. Bis 2018 besteht die Fördermittelbindung am Standort des Humboldt-Gymnasiums. Die deutsch-polnischen Beziehungen werden auch zukünftig erhalten. Dieses Projekt ist nicht an das Gebäude gebunden. Weiterhin erinnert Herr Weiße daran, dass es eine Fusion von Schulen im Schulgesetz nicht gibt. Die Profile müssen an einem Standort zusammengeführt werden. Das ist ein Prozess, der mehrere Jahre dauern wird. Nicht außer Acht gelassen werden dürfen die Stadtentwicklung und die schulfachlichen Belange.

Die allgemeine Hochschulreife kann am Gymnasium und an einer Gesamtschule abgelegt werden – so **Frau Breitschuh-Wiehe**. Die Eltern möchten eine eindeutige Regelung, wo Körperbehinderte in Zukunft beschult werden. Bis zum nächsten Ü7-Verfahren ist nicht mehr viel Zeit.

Herr Picl äußert, dass an das Thema Bildung inhaltlich und nicht finanziell herangegangen werden sollte. Die Verwaltung schlägt hier alternativlos vor und die Stadtverordneten sollen beschließen. Er spricht sich für die Aufhebung des Schließungsbeschlusses und einer Senkung der Klassenfrequenz aus.

Herr Strese ist der Meinung, dass ein Gymnasium eine bestimmte Zügigkeit haben muss. Bei der Entwicklung in Schmellwitz ist das Überleben der Grundschule und des Gymnasiums fraglich. Er möchte wissen, ob es noch eine Chance gibt, mit dem SPN-Kreis in eine Diskussion zur Klassenzusammenführung zu treten. Weiterhin bittet er um fünf Minuten Auszeit, damit die Stadtverordneten kurz beraten können.

Für **Herrn Neubert** steht fest, dass die Beschulung von Körperbehinderten nur an einem Standort erfolgen kann.

Herr Wegener schlug bereits im letzten Ausschuss vor, das Profil des Humboldt-Gymnasiums auf das Leichhardt-Gymnasium zu übertragen. Die beiden Schulen fühlen sich in der Lage, die Kollegien zusammenzuführen. Es kann nur eine Schulleitung geben.

Ein Votum kann **Herr Dr. Fischer** nicht abgeben. Es muss erst über die Fördermittel gesprochen werden. Er hat erwartet, dass es bereits Vorgespräche gab.

Frau Fritz äußert, dass sich das Humboldt-Gymnasium der Beschulung von Behinderten stellen möchte. Sie berichtet weiterhin über den bilingualen Unterricht, über die Beschulung und den Austausch von deutschen und polnischen Schülern. Es wurde auf Dezernentenebene mit Polen beschlossen, dass im nächsten Jahr die Beschulung von polnischen Schülern am Humboldt-Gymnasium erfolgen kann. Das Japanisch-Projekt könnte in ihre Schule integriert werden.

Frau Spring ist der Meinung, dass das Schulgesetz bezüglich der Fusion von Schulen geändert werden müsste.

Frau Dr. Münch lobt die Kooperationsbereitschaft beider Schulen.

Die 4-Zügigkeit, so **Herr Boese**, soll die Profile sichern. Die Lehrkräfte müssen „wandern“. Der Aufbau der Projekte wird einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen. Die Kontinuität für die vorhandenen Schüler kann gesichert werden.

An dieser Stelle wird die Diskussion unterbrochen. Die Stadtverordneten ziehen sich zu einer gesonderten Beratung zurück.

Nach der Unterbrechung von 45 Minuten wird die Beratung fortgesetzt. Die Stadtverordneten geben der Verwaltung mehrheitlich folgende Empfehlungen:

1. Aufhebung des Beschlusses III-008-22/05 – 4. Änderung Schulentwicklungsplan 2002-2007 / Gymnasien. Die Schließung des Leichhardt-Gymnasiums und die Bildung des vierten Zuges am Steenbeck-Gymnasium werden aufgehoben.
2. Der Verwaltung wird empfohlen, eine Vorlage im Hinblick auf die Variante 3 (Schließung des Humboldt-Gymnasiums und Aufhebung des Schließungsbeschlusses Leichhardt-Gymnasium) zu erarbeiten. Das deutsch-polnische Projekt ist in vollem Umfang weiterzuführen. Hierzu sind Gespräche mit den polnischen Partnern zu führen. Das Projekt wird an einem anderen Standort fortgeführt. Termin: 30.11.2006
3. Mit den Fördermittelgebern sind Verhandlungen zwecks Klärung der Aussetzung der Rückzahlung von Fördermitteln zu führen. Termin: 30.11.2006
4. Das Schulamt wird gebeten, den Prozess der inhaltlichen Verschmelzung der Profile der beiden Schulen zu begleiten und halbjährlich im Ausschuss darüber zu berichten.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Variante für die Verbesserung der Gebäudesituation für das Max-Steenbeck-Gymnasium vorzulegen. Termin: 30.11.2006

6. Der Titel „Europaschule“ sollte erhalten bleiben und durch das Leichhardt-Gymnasium übernommen werden. Die Verwaltung wird um Prüfung des Vorschlags gebeten. Termin: 30.11.2006

TOP 3.1.

Die Anfrage von Herrn **Strese**, ob alle Angebote der Volkshochschule zur Grundversorgung gehören und wie hoch der Deckungsgrad ist, wird von Herrn **Rahmfeld** beantwortet.

Der Vorlage III-022/06 „Änderung der Entgeltordnung der Volkshochschule“ wird einstimmig zugestimmt.

Abst.:
9:0:0

TOP 4.1.

Herr Przesdzing informiert zu den vorgenannten Anträgen. Die Vorlagen werden im Januar in die Beigeordnetenkonferenz und im Februar in die Ausschüsse eingebracht.

Der Nutzungsvertrag zwischen dem Sportstättenbetrieb und dem FC Energie aus dem Jahr 2001 muss hinsichtlich veränderter Inhalte und des Nutzungsentgeltes angepasst werden.

An Herrn Przesdzing ergeht der Auftrag, im nächsten Ausschuss im nicht öffentlichen Teil eine Übersicht über die Finanzen vorzulegen.

TOP 4.2.

Der Stand der Ämterfusion ist Thema in der wöchentlichen Dienstberatung des Dezernates III erläutert Herr **Bischoff**. Das Jugendamt ist hier federführend. Die Effekte müssen noch beschrieben werden. Das Hauptproblem stellen die Räumlichkeiten dar. Am 28.11.06 soll die Vorlage in der Beigeordnetenkonferenz beraten werden.

TOP 4.3.

Herr **Strese** spricht die baulichen Mängel am Steenbeck-Gymnasium an. Diese Mängel sollten schnell und unbürokratisch beseitigt werden (Vordach, undichtes Dach Turnhalle).

TOP 4.4.

Die Theodor-Fontane-Gesamtschule hat einen Antrag auf Erhöhung der Zügigkeit von 3 auf 4 Züge ab dem Schuljahr 2007/08 für die Klassenstufe 7 gestellt. Grund hierfür ist die Übernachtfrage seit 1998. Der Antrag wird dem Protokoll beigefügt (Anlage).

Es wird festgelegt, dass der Antrag auf die Tagesordnung am 30.11.06 gesetzt wird mit dem Vorschlag, dass bei Übernachtfrage die 4-Zügigkeit gebildet werden kann.

F.d.R. Rädisch

Anlage


THEODOR•FONTANE•SCHULE
Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe

Theodor-Fontane-Schule Kahrener Str. 16 03042 Cottbus

☎ (0355) 71 50 08
☎ (0355) 72 21 50
🌐 <http://www.fontane-schule-cottbus.de>
✉ Theodor-Fontane-Schule-Cottbus@t-online.de

Stadtverwaltung Cottbus
Dezernat Jugend, Kultur, Soziales
Dezernent Herr Weiße
Neumarkt 5
03046 Cottbus

Stadtverwaltung Cottbus Dezernat Jugend, Kultur, Soziales	
Registrier-Nr.	1137
Weitergeleitet an Amt:	
☐ 40	☐ 41 ☐ 43 ☐ 50 ☐ 51 ☐ 53 ☐ CTK
Eingang am:	02. NOV. 2006
Bearbeitungsvermerk:	
Termin:	
Datum	Unterschrift

K 40
SQA

Cottbus, 2006-11-01

Antrag auf Erhöhung der Zügigkeit der Th.-Fontane-Schule Cottbus

Sehr geehrter Herr Weiße,

in der Beratung am 01.11.06 hat die Schulkonferenz dieser Schule einstimmig den Beschluss gefasst, einen

Antrag auf Erhöhung der Zügigkeit von 3 auf 4 Klassen in der Sekundarstufe I beginnend mit dem Schuljahr 2007/08 in Klassenstufe 7

zu stellen.

Begründung:

Die Fontane-Schule Cottbus wurde 1991 als 6-zügige Gesamtschule mit GOST gegründet.

Mit Beschluss Nr. IV-025/99-14/00 vom 26.01.2000 durch die Stadtverordnetenversammlung Cottbus wurde festgelegt, dass die diese Schule die Zügigkeit in der Sekundarstufe I ab dem Schuljahr 2000/01 von 6 auf 4 und ab 2001/02 auf 3 Züge reduziert. Die Beschlussfassung wurde mit der Notwendigkeit begründet, einen neuen Standort für das Cottbus-Kolleg in den Gebäuden der Fontane – Schule zu finden. Um dafür ausreichende Raumkapazitäten zu gewinnen, war die Reduzierung der Zügigkeit zwingend erforderlich.

Der Beschluss wurde in dem die Fontane-Schule betreffenden Teil realisiert. Das Kolleg bezog allerdings einen anderen Standort in der Erich-Weinert-Str., so dass der 2. Teil des Beschlusses nicht umgesetzt wurde.

In der Folgezeit wurde auf Grund der rückläufigen Schülerzahlen der 1. Teil des Beschlusses nicht geändert.

Die folgende Tabelle gibt Auskunft über die Entwicklung der Anmeldezahlen im Ü7-Verfahren an dieser Schule:

Übersicht zu den Anmeldezahlen im Verfahren Ü7 1998 - 2006

Jahr	Kapazität	Anmeldungen gesamt	davon Erstw.	davon Zweitw.	Aufnahmen	Ablehnungen
1998	168	220	159	61	165	55
1999	168	175	117	58	164	11
2000	112	186	117	69	150	36
2001	84-5	147	97	50	85	62
2002	84	172	137	35	113	59
2003	84 - 5 + 20 (6+6)	152	131	21	89	63
2004	84-5	123	100	23	85	38
2005	84-5	106	86	20	79	27
2006	84-5	137	118	19	79	58

Es ist daraus abzuleiten, dass

1. die Schule seit 1998 übernachgefragt war und jährlich das Auswahlverfahren durchgeführt werden musste,
2. in Größenordnungen von bis zu 2 Klassen pro Jahrgang die Ablehnung erfolgen musste,
3. damit massiv dem Elternwillen widersprochen wurde.

Prognose:

Die Fontane-Schule ist die einzige Gesamtschule der Stadt Cottbus (ohne spezielles Aufnahmeverfahren). Durch die Veränderungen im Schulgesetz (Abitur nach 12 Jahren an Gymnasien, leistungsbezogene Zugangsbeschränkungen an Gymnasien, fehlende Durchlässigkeit von Oberschulen zu Gymnasien) wird die Schulform Gesamtschule erneut aufgewertet.

Mit einer noch größeren Anwahl durch die Eltern ist im Rahmen des Ü7-Verfahrens zu rechnen. Die Erhöhung der Zügigkeit auf 4 Klassen erscheint zwingend geboten.

Wir bitten um eine Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung vor Beginn Ü7-Verfahrens für das Schuljahr 2007/08.

Mit freundlichen Grüßen



Doris Baruck
Vorsitzende der Schulkonferenz